



| Stuttgart

nonpd

NPD-Verbot jetzt!

Die IG Metall unterstützt die gemeinsame Initiative zum Gedenken an die Opfer rechts-extremistischer Gewalt am 23. Februar 2012. Sie fordert auch ein NPD-Verbot und beteiligt sich an der Initiative **nonpd – NPD-Verbot jetzt!**

174.445 Menschen haben bereits 2007 gefordert, ein neues Verbotsverfahren nach Artikel 21, Abs. 2 Grundgesetz gegen die NPD auf den Weg zu bringen. 5.405 Menschen haben im Jahr 2009 ihre Argumente für ein NPD-Verbot auf der Kampagnen-Seite www.npd-verbot-jetzt.de eingestellt. Ein wichtiges Argument ist und bleibt, dass das faschistische Menschenbild bereits dem Artikel 1 des Grundgesetzes widerspricht: „Die Würde des Menschen ist unantastbar.“

Einhaltung des Grundgesetzes

Zwei wesentliche Argumente gegen ein NPD-Verbot sind falsch: ein Verbot treibe Nazis in den Untergrund und man brauche V-Leute zur Kontrolle der Szene. Inzwischen ist klar: V-Leute funktionieren nur in eine Richtung - sie versorgen die Nazi-Szene mit Geld und offensichtlich auch mit Informationen; irgendwelche Erkenntnisse, die nicht auch mit wissenschaftlichen oder journalistischen Methoden gewonnen werden, liefern sie nicht.

Abschaffung des V-Leute-Unwesens

Der „Nationalsozialistische Untergrund“ ist Teil eines braunen Netzes, in dessen Mitte die NPD die Fäden zieht. Die Führung der NPD war es, der mit der strategischen Orientierung „Kampf um die Straße – Kampf um die Köpfe – Kampf um die Parlamente“ die Öffnung der NPD zur „Kameradschaftsszene“ propagierte, zu der auch die Terrorgruppe und ihre Propagandisten zählen.

Solange die NPD durch Legalität den Eindruck erweckt, ihre rassistische, antisemitische, antidemokratische Hetze sei ein legitimes „nationales“ Anliegen und sich überwiegend über Steuergelder finanziert, schöpft die gesamte neofaschistische Szene den Anschein von Legitimität. Der Staat muss seinen Verpflichtungen zur Verteidigung der Demokratie nachkommen.

Wir fordern die konsequente Durchsetzung eines NPD-Verbotsverfahrens!